

Der Hüter der Republik

Zur Rolle des Militärs in der modernen Türkei

Philipp Schweers und Przemysław Osiewicz

Türkei, Militär, Kemalismus, Islamisierung

Am türkischen Militär scheiden sich die Geister. Seit Beginn der modernen Türkei sieht es sich als Wächter der Republik, und in mehreren Putschen hat es diesen Anspruch auch bekräftigt. Seit den Präsidentschaftswahlen 2007 verstärken sich die Spannungen zwischen der zivilen Regierung der AKP und den Streitkräften. Die AKP steht für die Hüter der Republik unter dem Generalverdacht der Islamisierung. Auch im Westen sind die Meinungen gespalten: Einige verstehen das Militär wohlwollend als Stabilitätsanker, andere sehen in ihm einen undemokratischen Machtakteur. Angesichts der strategischen Interessen des Westens in der Region warnen die Autoren vor schnellen Lösungen und einseitigen Urteilen.

Die Türkei ist in Bedrängnis. Im einzigen NATO-Mitgliedsstaat mit mehrheitlich muslimischer Bevölkerung, der sich nach Jahrzehnten der wirtschaftlichen Misere stabilisiert und seit der Statusverleihung als Beitrittskandidat zur Europäischen Union (EU) im Jahre 1999 in friedlicher Absicht an die Pforten Europas klopft, überschlugen sich zuletzt die Ereignisse. Im kurdisch dominierten Osten, dem historischen Konfliktherd der Republik, wurden deutsche Bergsteiger von örtlichen Freischärlern entführt und durch mediale Inszenierung wurde diese Tat zum politischen Druckmittel umfunktioniert. Fast zur gleichen Zeit wurde das sogenannte Ergenekon-Komplott bekannt. Die gleichnamige Bewegung, eine ultra-nationalistische Gruppe unter Führung ranghoher Militärs im Ruhestand, wurde von der türkischen Justiz zerschlagen. Ermittlungen hatten den Verdacht erhärtet, dass dieser „Kreis aus Verschwörern“ einen handfesten Staatsstreich zum Sturze der AKP-Regierung plante. Mittels terroristischer Attacken auf prominente Persönlichkeiten, gezielten Sabotageaktionen auf die Infrastruktur des Landes und gebündelten Desinformationskampagnen sollte der Staat derart destabilisiert werden, dass ein militärisches Eingreifen durch die türkische Armee unausweichlich würde.



Dr. Przemysław Osiewicz,
geb. 1979, Assistenz-
Professor an der Adam
Mickiewicz Universität
Poznan/Polen
Msp04@wp.pl

Im Anschluss an die massiven Einmischungen des Militärs in die türkischen Präsidentschaftswahlen 2007 haben die Spannungen zwischen der vom Generalstab misstrauisch beäugten AKP und der Streitkräfteführung an Intensität gewonnen. Der bisherige Höhepunkt in diesem Spannungsfeld wird durch das eingeleitete Verbotsverfahren gegen die AKP markiert, in dem kemalistisch säkulare Kräfte versuchen, die moderat islamische Regierungspartei auf Basis ihrer Religionsbezogenheit ein für allemal zu zerschlagen. Die frisch gewonnene innertürkische Stabilität scheint sich zu verflüchtigen, die innerstaatlichen Antagonismen und Gräben – sei es zwischen Ost- und Westtürkei, den linken Intellektuellen und rechten Nationalisten, säkularen und religiösen Kräften – sich wieder zu vertiefen. Das Modell der liberalen Demokratie, das seit Gründung der Republik und im Besonderen seit Einführung des Mehrparteiensystems 1950 im türkischen System Wurzeln geschlagen hat, ist nach Ansicht vieler Beobachter gefährdet. Insbesondere die Rolle des türkischen Militärs, dem selbst ernannten „Hüter der Republik“ und die nicht vorhandene zivile Kontrolle werden zunehmend negativ thematisiert. Im letzten Fortschrittsbericht der EU zur Vollaufnahme der Türkei vom, November 2007, ist gerade diese mangelnde zivile Kontrolle und das eigenständige Agieren des Militärs in innenpolitischen Belangen, ein offensichtlich schwerwiegender Negativaspekt und Hinderungsgrund für weitere Beitrittsverhandlungen.¹

Staat im Staate

Gerade im westeuropäischen Bewusstsein stellt die quasi unabhängige politische Rolle des türkischen Militärs einen entscheidenden Knackpunkt dar. Ohne parlamentarische Legitimation, Kontrolle und Verantwortung für ihr Handeln beansprucht die türkische Armee seit 1960 kontinuierlich ein Mitentscheidungs- und Handlungsrecht in allen relevanten außen- und sicherheitspolitischen Bereichen, die den Begriff der nationalen Sicherheit tangieren. Ausdruck dieses Anspruchs waren die drei Militärputsche von 1960, 1971 und 1980, sowie der als „postmodern“ bezeichnete Coup von 1997, der die damalige Koalitionsregierung von Erbakan und Ciller zum



Philipp Schweers (B.A.), geb. 1983, Research Fellow am Düsseldorfer Institut für Außen- und Sicherheitspolitik e.V., schweers@dias-online.org

1 Kristina Nagy: „If Turkey wants to be a member state, it has to be clear that the civilian authorities have control over the military and not the other way around“, zitiert in: Michaud-Emin, Linda (2007), S. 27.

Rücktritt brachte.² Als kemalistisch säkularer Wachhund hat sich Türkeys Armeeführung immer wieder in die Innenpolitik des Landes eingemischt und ist auch nicht davor zurück geschreckt, die Ausformung des Systems mittels militärischer Eingriffe, inklusive Putsche, entscheidend zu beeinflussen.

Angesichts des nicht zu unterschätzenden inneren Konfliktpotentials der Türkei und nicht zuletzt der politischen Entwicklungen der Anrainerstaaten wurde diese Rolle des Militärs als Hüter und Bewahrer der säkularen Republik lange Zeit von westlichen Beobachtern durchaus wohlwollend gesehen. Die während des Ost-West Konfliktes als Bedrohung wahrgenommenen linken Kräfte in der Türkei und, im Anschluss an den Fall des „Eisernen Vorhangs“, die religiösen Bewegungen wurden durch das nationalistische Militär im Zaume gehalten. In jüngerer Zeit, insbesondere im Kontext der Beitrittsverhandlungen mit der EU, wird die mächtige und einflussreiche Position des Militärs im Inneren kritisch gesehen. Europäische Vertreter sehen in dieser Position eine gefährliche Doppelung der Entscheidungsstrukturen, die neben der demokratisch legitimierte zivilen Ebene eine fast unabhängige und nicht kontrollierte militärische Entscheidungsmacht erlaubt. Die Tendenz hin zu einem solchen Staat im Staate, oder, wie dieser im türkischen bezeichnet wird, „tiefen Staat“ (*derin devlet*), gehen bis auf die Staatsgründung der modernen Türkei zurück und haben eine jahrzehntelange Entwicklung hinter sich.³

Atatürk – Vater der Nation

Mustafa Kemal Atatürk, der sogenannte „Vater“ der modernen türkischen Nation und Machtpolitiker eigener Art, war selbst Offizier. Der schrittweise Sieg der von ihm geführten Truppen über die vorrückende griechische Besatzungsarmee, seine unnachgiebig nationalistische Haltung den alliierten Nachkriegsplänen gegenüber und die von ihm mitgetragene Abschaffung des osmanischen Sultanats machten aus dem charismatischen Soldaten den prägenden Charakter der türkisch republikanischen Entstehungsgeschichte.

Mit der Proklamation der Türkischen Republik am 29. Oktober 1923 stand dieser Staat als sprichwörtlicher Phönix

² Vgl. Jenkins 2001.

³ Vgl. Turhan 2005.

aus der Asche des untergegangenen Großreiches wieder auf. Der unter Kemals Federführung aufgerichtete multiethnische Rumpfstaat Türkei definierte sich über ein radikal westlich orientiertes Staatsverständnis, dessen auf den sechs Säulen Republikanismus, Populismus, Laizismus, Revolutionismus, Nationalismus und Etatismus aufbauende Staatsdoktrin später als Kemalismus bezeichnet wurde. Diese sechssäulige Gründungsideologie der modernen Türkei baute von Anfang an auf die bedingungslose Unterstützung und Loyalität des türkischen Militärs auf. Zwar war die junge Republik keineswegs eine Militärdiktatur und der direkte Einfluss der Generäle gering, doch hatte die Armee beispielsweise in der Ersten Nationalversammlung 15 Prozent der Stimmanteile inne. In den folgenden 30 Jahren, von der zweiten bis einschließlich siebten Nationalversammlung, stabilisierte sich der parlamentarische Einfluss der Militärs auf einem Niveau von etwa 20 Prozent der Sitze und war damit die einflussreichste einzelne Interessengruppe im Einparteiensystem der Republikanischen Volkspartei Kemals.⁴ In dieser Ära der Kemalisten wurde auch der Wächterstatus der türkischen Streitkräfte zum Schutze der Verfassung und der kemalistischen Prinzipien gesetzlich verankert, der viele Jahrzehnte Bestand hatte und zur Legitimation politischer Eingriffe durch die Streitkräfte diente.

Das Militär auf politischer Mission

Nach dem Tode Kemals 1938 folgte dessen enger Vertrauter und ebenfalls ranghoher Offizier Ismet İnönü als Staatspräsident. Dieser Politiker, in seiner Weltanschauung weit liberaler als sein Mentor und Amtsvorgänger, ließ unter Wahrung des Status Quo, dem großen Einfluss der Militärs in der Entscheidungsebene, das kontrollierte schrittweise Wachstum oppositioneller politischer Parteien zu. Diese langsame Pluralisierung des türkischen Systems, die von Seiten der Streitkräfte durchaus skeptisch betrachtet wurde, mündete in die erste Mehrparteiwahl von 1950, bei der die junge oppositionelle Demokratische Partei siegte und Staatspräsident İnönü mit der von ihm geführten Republikanischen Volkspartei in die Opposition zwang. Die seit 30 Jahren währende indirekte Vorherrschaft der Streitkräfte ins Politische wurde fürs Erste gebrochen,

4 Frey 1965, S. 181 und S. 261.

was für die nachfolgende politische Entwicklung der Türkei durchaus bedeutsam war.⁵ Die nun herrschende Demokratische Partei unter Adnan Menderes instrumentalisierte das Militär im Inneren, um ihr Regime durchzusetzen. Es entstand ein Spannungsfeld, das prägendes Element der nächsten Jahrzehnte sein würde: Das bis dato konstruktiv in Parlament und Staatsführung eingebundene türkische Militär stand unter Menderes plötzlich als eigenständige Kraft mit einem jahrzehntelang gewachsenen Handlungsanspruch in der politischen Arena. Es ergab sich eine nachhaltige Politisierung des Militärs, die zu den drei Putschen von 1960, 1971 und 1980 führte.

Im Jahre 1960 intervenierte das türkische Militär zum ersten Mal. Ein Komitee der Nationalen Einheit unter General Cemal Gürsel entmachtete Präsident Celal Bayar und das Kabinett von Adnan Menderes. Offizieller Grund waren Veruntreuung von öffentlichen Geldern, das Außerkraftsetzen der Verfassung und Hochverrat. Ziel der Militärs war nicht die dauerhafte Machtergreifung sondern die Wiederherstellung der kemalistischen Ordnung, was von weiten Teilen der Bevölkerung mitgetragen wurde. Nach den Wahlen von 1965 traten die Offiziere unter Cemal Gürsel wieder zurück – vorher hatten sie dem Land eine neue Verfassung nach streng Atatürk'schem Staatsdoktrin verpasst – und Süleyman Demirel übernahm als gewähltes Staatsoberhaupt die politische Führung.

Nur sechs Jahre später griffen die Streitkräfte erneut ein. Anarchistische, nationalistische und linksextreme Gruppierungen destabilisierten die Türkei derart, dass die innere Sicherheit und die nationale Integrität des Landes ernsthaft gefährdet waren. Nach einem öffentlichen Ultimatum des Militärs an die Regierung Demirel dankte diese Anfang 1971 ab. Angesichts der miserablen Zustände im Land wurde auch diese Maßnahme von weiten Teilen der Bevölkerung für angemessen gehalten. Ziel der neuen, vom Militär eingesetzten Regierung unter Nihat Erim war die politische und ökonomische Konsolidierung des Landes, sowie die Zerschlagung der mittlerweile äußerst einflussreichen linksextremen Gruppierungen. Auch diesmal gelang es nicht auf Dauer, das Land zu stabilisieren. Ende der 70er Jahre nahmen soziale Unruhen erneut ein bedrohliches Maß an. Nach Aufständen und blutigen Ausschreitungen wurde 1978 in 13 türkischen Provinzen der Ausnahmezustand erklärt.

5 Vgl. Johnson 1982.

Zur Schwächung linker Parteien und zum Schutze kemalistischer Prinzipien wurde auf Druck der Streitkräfte das Parlament aufgelöst und die Verfassung außer Kraft gesetzt. Nachdem Soldaten Opfer blutiger Anschläge geworden waren, stürzte der Nationale Sicherheitsrat unter General Kenan Evren die frischgewählte Regierung, wieder unter Demirel, und übernahm selbst die Macht.

AKP unter Generalverdacht

Im Anschluss an den Putsch von 1980 wurden viele Parteien und Politiker, hauptsächlich linker und religiöser Couleur, als potentielle Spaltungskräfte des Landes und mögliche Gefahr der kemalistischen Ordnung vom Militär gesehen. Nach dem Ende des Ost-West Konfliktes, der die geostrategische Rolle der Türkei lange mitbestimmte, waren es vor allem religiös-islamische Parteien, die vom Militär als mögliche Bedrohung wahrgenommen wurden. 1996 kam die religionsorientierte Wohlfahrtspartei (Refah Partisi, RP) unter Necmettin Erbakan an die Macht. Deren Politik der schrittweisen Islamisierung stand im Widerspruch zum kemalistischen Prinzip des Laizismus. Ergebnis war der post-moderne *Soft Coup* vom Juni 1997, in dem das Militär die Erbakan-Regierung zur Abdankung zwang und die Wohlfahrtspartei verboten wurde. Die in diesen Tagen so aktuelle Debatte über ein das Verbot der regierenden AKP unter Recep Tayyip Erdogan und die Spannungen zwischen Teilen der Militärführung und der Regierung drehen sich um eben diese Eckpfeiler der kemalistischen Staatsordnung. Die AKP, die ihre Wurzeln in der verbotenen Wohlfahrtspartei hat, steht für die Hüter der säkularen Republik unter dem Generalverdacht einer anti-laizistischen Islamisierungsideologie.

Atatürks Vermächtnis

Das Militär, wurde nach 30 Jahren der informellen Einbindung und Mitentscheidung, von 1920 bis 1950, durch die Einführung eines Multiparteiensystems aus seiner Position der aktiven Beteiligung an den Rand gedrängt. Der aber weiter existente Handlungs- und Mitentscheidungsanspruch führte zu einem fast eigenständigen politischen Selbstverständnis der Streitkräfte. Atatürk war es gelungen, seine laizistisch republikanische

Staatsvorstellung tief in die Armeeführung einzupflanzen. Seit dem Moment der Staatsgründung verstand sich diese als Hüter und Wächter der genannten Staatsstrukturprinzipien. Innenpolitische Zergliederung und jedwedes Abweichen vom strikt konservativ nationalistischen Kemalismus erforderte aus diesem Selbstverständnis heraus Engagement und Handeln. Durch jedes weitere Scheitern ziviler Akteure wuchs deren Eigenwahrnehmung und Rechtfertigung des Wächterstatus weiter. Atatürks Staatsvorstellung baute auf das westlich-urbane intellektuelle Zentrum des Staates, von wo aus sein kultureller und gesellschaftlicher (Wieder-) Aufbau die östlich ländliche Peripherie erreichen sollte. Der strenge Nationalismus sollte die *de facto* vorhandene multiethnische Zergliederung des Landes überdecken und langfristig eliminieren. Mit der Etablierung des Mehrparteiensystems kamen Kräfte an die Macht, deren Vorstellungen nicht denen der westlichen Zentren entsprachen. Entgegen dem Nationalismusprinzip verlangten zahlenmäßig durchaus beachtliche Minderheiten wie die Kurden Rechte und Eigenständigkeit. Die Gesellschaften der ländlichen Türkei, denen säkulare Vorstellungen fremd waren und sind, unterstützten partiell religiöse Parteien, die mit dem Prinzip des Laizismus im Widerspruch standen. Der daraus entstehende Nährboden innerstaatlicher Destabilität wird seither vom türkischen Militär überwacht. Bei alarmierender Destabilisierung des Landes, insbesondere bei einer drohenden Abkehr der jeweiligen zivilen Administration von den kemalistischen Prinzipien, greifen die Streitkräfte mit diesem Selbstverständnis ein, wie es in den Putschen 1960, 1971, 1980 und in dem Coup von 1997 geschah.

Die derzeitige AKP-Regierung unter Erdogan wird vom Militär durch ihre Religionsbezogenheit verdächtigt, dem Strukturprinzip einer säkularen Grundordnung zu widersprechen. Das wiederum erklärt die seit dem Regierungsantritt der AKP 2002 zunehmende Einmischung des Militärs in die türkische Innenpolitik und die jüngsten Verbotsanstrengungen der Partei von juristischer Seite.

Das Militär – Garant der Stabilität

Fraglich ist, ob dieser gewachsene Machtanspruch des Militärs durch seine Genese legitimer wird. Die insbesondere von

europäischer Seite getragene Ansicht, dieser nicht legitimierte Machtakteur etabliert durch sein Wirken eine zweite undemokratische, militärische Entscheidungsebene, die zudem autoritäre Züge trägt, hat durchaus Berechtigung. Die Akzeptanz des Militärs als eigenständiger und, auch ohne parlamentarische Kontrolle, legitimer politischer Akteur in der türkischen Öffentlichkeit, geht auf den Gründungsmythos der modernen Türkei und historisch gewachsene Rolle der Streitkräfte im Politischen zurück. Verbindung mit einer obrigkeitsorientierten Staatstradition, die große Teile der Politik als Sache der hohen Verwaltung und der Militärs ansieht, wird dieser Akteur jedoch auch ohne demokratische Legitimierung von der türkischen Öffentlichkeit als rechtmäßig wahrgenommen. Zu beachten ist, dass die türkischen Streitkräfte zu keinem Zeitpunkt eine dauerhafte Militärherrschaft angestrebt haben.⁶ Einzig der effektive Einfluss auf politische Entscheidungen zur Wahrung der kemalistischen Prinzipien und der gesamtstaatlichen Einheit waren das übergeordnete Ziel. Tatsächlich können sich die Streitkräfte auf das „Gesetz zum inneren Einsatz der Streitkräfte“ aus dem Jahre 1961 berufen, das weitestgehend identisch ist mit einem kemalistischen Gesetz von 1935, laut dem die Vaterlandsverteidigung wie auch die Werteverteidigung im Inneren, in den Verantwortungsbereich des Militärs fällt. Allerdings, selbst bei gesetzlicher Rechtfertigung, ist eine solche Eigenständigkeit der Streitkräfte im Politischen in Verbindung mit dem europäischen Grundprinzip der vollständigen zivilen Kontrolle über das Militär kaum akzeptabel. Trotzdem wäre ein schrittweises Angleichen der militärischen an die zivile Entscheidungsebene einem schlagartigen vorzuziehen. Im Kontext geostrategischer Erwägungen des Westens, namentlich an einer stabilen und säkularen Verfasstheit der Türkei, sollte mit einseitiger Systemkritik und dazugehörigen Forderungen vorsichtig umgegangen werden. Örtliche Besonderheiten erfordern eine flexible Anpassung der europäischen Grundsätze, wie sie auch bei jüngeren Mitgliedsstaaten, z.B. Bulgarien oder Rumänien, angewandt wurde. Die besondere Gemengelage innerhalb der Türkei und ihre strategische Wichtigkeit bedürfen entsprechender Berücksichtigung. Das Staatsverständnis, die Staatspolitik sowie die Staatspraxis in der Türkei gleichen sich langsam und doch stetig westlichen Maßstäben an. Schritt für Schritt erfolgt eine

6 Zur Rolle des Militärs im Demokratisierungsprozess der Türkei: Vgl. Kramer (2004).

Demokratisierung des Systems. Eine solche Weiterentwicklung braucht Zeit, wenn sie dauerhaft und gesellschaftlich legitimiert sein soll. Die türkischen Streitkräfte aus dem politischen Alltag schlagartig zurückzudrängen würde bedeuten, den äußerst wichtigen Systemaspekt des Laizismus zu gefährden. Ohne den „Hüter der Republik“ käme es höchstwahrscheinlich zu einer tatsächlichen Islamisierung der Türkei. Die Stabilität und Weiterentwicklung dieser Demokratie wird durch die Streitkräfte mit garantiert. Die innerstaatlichen Gegensätze in der gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Entwicklung sind sehr groß und könnten sich ohne den militärischen Wächter zu einem alles zerreißenden Cocktail entwickeln. Rein aus geostrategischer Logik heraus ist es ein vitales Interesse der Europäischen Union, die Türkei auf diesem Kurs der Demokratisierung zu halten und die europäische Orientierung dieses Landes zu stärken. Autoritäre Auswüchse dürfen dabei allerdings nicht akzeptiert werden. Doch im Kontext der innerstaatlichen Situation und mit Blick auf die historische Genese ist dies von Seiten des türkischen Militärs auch nicht zu erwarten.

Literaturverzeichnis

- Frey, Frederick W. (1965): *The Turkish Political Elite*, Cambridge, Massachusetts Institute of Technology Press.
- Jenkins, Gareth (2001): *Context and circumstances: The Turkish military and politics*, International Institute for Strategic Studies, Adelphi Paper 337.
- Johnson, Maxwell O. (1982): "The Role of the Military in Turkish Politics". <http://www.airpower.maxwell.af.mil/airchronicles/aureview/1982/jan-feb/johnson.html> (abgerufen am 11.08.2008).
- Kramer, Heinz (2004): *Demokratieverständnis und Demokratisierungsprozesse in der Türkei*, in: *Südosteuropa Mitteilungen*, 44. Jg., Nr.1, S. 30-43.
- Michaud-Emin, Linda (2007): *The restructuring of the military High Command in the Seventh Harmonisation package and its ramifications for civil-military relations in Turkey*, in: *Turkish Studies Journal*, Vol. 8, Is.1, S.9 – S.27.
- The Economist (2008): "Coude grace – Plots and counterplots", http://www.economist.com/world/europe/displaystory.cfm?story_id=11745549 (abgerufen am 11.08.2008).
- Turhan, Talat (2005): *Derin Devlet*, Istanbul, Verlag Ileri.